



Politik gegen Aussonderung
Koalition für Integration und Inklusion

Vorstand i.V.

Dietlind Gloystein

HU Berlin

Georgenstr.36

10117 Berlin

Vorstand@politik-gegen-aussonderung.net

Einladung zur fünften Arbeitskonferenz (online)
zur Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion des
Deutschen Bundestages

Informationsaustausch – Diskussion – Ausblick in den Herbst

Zeit: Sonntag, 16.06.2024, 17:30 – 20:00 Uhr

<https://hu-berlin.zoom-x.de/j/65571643017>

Liebe Mitglieder und Interessierte,

auf dem Weg zur Einrichtung einer **Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion** hat sich in den letzten Monaten einiges getan.

Bevor es in die Sommerpause geht, möchten wir gerne auf einer weiteren Arbeitskonferenz davon berichten sowie uns gegenseitig über aktuelle Entwicklungen informieren, diskutieren und eine Strategieentwicklung für den Herbst vorantreiben.

Viele von uns können von interessanten und auch ergiebigen Gesprächen mit Politiker:innen im Europa-Wahlkampf, bei Preisverleihungen, auf Veranstaltungen, Zusammenkünften etc. berichten. Unsere Öffentlichkeitsarbeit konnten wir deutlich erweitern und dadurch unser Anliegen bei Fachdiskussionen und im Rahmen von Bündnisarbeit, in Online-Konferenzen und auf wissenschaftlichen Tagungen prominent platzieren. Auch in sozialen Medien zeigen wir mehr Präsenz und wollen diese noch mehr stärken und erweitern. Im Ergebnis mehrerer Nachbesprechungen zum Parlamentarischen Frühstück im Bundestag zeichnen sich aktuell interessante Anschlussvorhaben ab, die es in der Gruppe zu diskutieren gilt.

Mittlerweile sind unsere breit gefächerten Aktivitäten so weit gediehen, dass es weiterer Absprachen, einer Fokussierung und Strategieentwicklung als Richtungsweiser für die geplanten Herbstaktionen bedarf.

Gerne kann diese Einladung über eure Verteiler weitergegeben werden.

Mit einem freundlichen Gruß

Dietlind Gloystein

(stellvertr. Vorsitzende)

Für neu Interessierte: Zur Einordnung des Vorhabens:

Der Name des Vereins: **Politik gegen Aussonderung** – Koalition für Integration und Inklusion, erfährt derzeit nochmals eine Bestätigung in seiner Ausrichtung und Ursprungsidee der Repolitisierung der Diskussion um Integration und Inklusion:

Es geht uns um die Identifizierung und Überwindung ausgrenzender (Gesellschafts-) Strukturen – dies über Aufklärung im eigentlichen Sinne und durch den darüber herzustellenden **Widerstreit** im gesellschaftlichen Diskurs, Widerstreit im Sinne des französischen Philosophen Lyotards, der sich mit diesem Begriff mit der Bedeutung von Gesellschaftsfragen auseinandergesetzt hatte, die gerade als solche NICHT im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen werden. So wird auch die Frage der Teilhabe behinderter Menschen noch immer im Wesentlichen als **Herforderung/Problem** von dafür ausgebildeten Fachleuten gesehen und eben NICHT als **Frage an das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft**.

Das **Recht, Rechte zu haben** (Arendt) wird – wie vom UN-Fachausschuss zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aktuell wieder herausgestellt – besonders dieser Personengruppe in vielen Bereichen individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens in besonders hohem Maße vorenthalten.

Strukturelle Ausgrenzung in Sonderwelten, unzureichende Unterstützungsstrukturen in regulären Lern-, Arbeits- und Lebenszusammenhängen sind historisch und aktuell nach wie vor in hohem Masse die gesellschaftliche **Antwort** auf biologische, psychische und/oder soziale, sozio-ökonomische Beeinträchtigungen und Benachteiligungen von in unterschiedlichster Weise hiervon betroffenen Menschengruppen. Zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer/Zick) als **Gesellschafts-Klima** führen zum Gegenteil dessen, was Oskar Negt mit einem **friedensfähigen Gemeinwesen** benannt hat.

Diesen Zusammenhang als **Frage der politischen Verantwortung des Parlaments** zum Gegenstand zu machen und damit dazu beizutragen, haltende Strukturen für ein

demokratisches Gemeinwesen gegen allgegenwärtige gesellschaftliche Ausgrenzung zu errichten, ist das Ziel des Vorhabens, Parlamentarier*innen für die Unterstützung dieses Prozesses durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion zu gewinnen.